



Parteitag der LINKEN

Am Sonnabend beginnt der Parteitag der LINKEN. ND beleuchtet Strömungen und Arbeitsgruppen innerhalb der Partei und befragt Bundesgeschäftsführer Dietmar Bartsch. **Seiten 2 und 3**



Druck von links auf Morales

Die mächtige »Arbeiterzentrale Boliviens« hatte zum Generalstreik für mehr Lohn aufgerufen. Durch ein neues Angebot der Regierung konnte der Tarifkonflikt aber vorerst entschärft werden. **Seite 16**



Reisemagazin

Marrakesch – Stadt wie im Märchen / Baden im Adamskostüm / Auvergne lässt die Heimat vergessen / Rheinsberg – »Falle« der angenehmen Art / Ein Schloss gibt sich aufgeschlossen **ND-Extra**

Standpunkt

Fatale Logik

Von Dieter Janke

In der Krise liegt die Chance. Aus dem Munde von Bundeskanzlerin Merkel klingt jene dialektische Weisheit indes freilich eher fade – so als hätte sie die Krise um den Euro wie auch die Zukunft der europäischen Einigung herbeigeseht. Mit ihrer Beschreibung der Lage im Falle des Auseinanderbrechens der Währungsunion liegt die Kanzlerin im Grunde richtig – auch wenn nicht die europäische Idee selbst daran scheitern würde, wie Merkel suggeriert. Gescheitert ist vielmehr die bisherige Form – jene Form, auf die man sich 1992 in Maastricht verständigt hatte: Ohne Konzepte für ein reales Zusammenwachsen der Europartner bei wirtschaftlichen und sozialen Standards sollte damals der Kontinent vor allem durch die gemeinsame monetäre Klammer und rigide Vorgaben für nationale Finanzpolitiken zusammengeschweißt werden. Jener Plan ist in der Tat gescheitert. Verantwortung trägt dafür nicht zuletzt auch das Land, dessen Volkswirtschaft von jenem Irrweg am meisten profitiert hat: die Bundesrepublik.

In Brüssel scheint man indes nicht mehr Fantasie zu haben, als die vermeintlichen Defizitsünder durch die Androhung des Mittelzugs zu mehr fiskalischer Disziplin zu zwingen. Das aber ist nichts anderes als die Verschärfung jener Logik, die in die jetzige Krise des Euro geführt hat. Frau Merkel findet jene Ideen »nicht schlecht«. Deren deflatorische Folgen sind jedoch fatal für die Konjunktur in Europa und für die europäische Idee.

EU will Staatshaushalte kontrollieren

Westerwelle pocht auf nationales Recht / Erster 5,5-Milliarden-Hilfskredit für Griechenland

Mit strengen Regeln und harten Strafen will die EU-Kommission die EU-Länder zum Sparen zwingen. Damit zieht Brüssel Konsequenzen aus der beispiellosen Krise des Euro.

Brüssel/Berlin (dpa/ND). Mit ihrem Vorschlag hat die EU-Kommission prompt einen Keil in die schwarz-gelbe Bundesregierung getrieben. Während Bundeskanzlerin Angel Merkel (CDU) gelassen

Griechenland droht die Zahlungsunfähigkeit. Wäre eine geordnete Insolvenz für das Land ein Ausweg aus der Krise? **Debatte Seite 17**

auf die Brüsseler Vorschläge reagierte, sieht Außenminister Guido Westerwelle (FDP) die Souveränität der Länder in Gefahr. »Nicht die Europäische Kommission beschließt die Haushalte, sondern der Deutsche Bundestag, die nationalen Parlamente«, sagte Westerwelle. Merkel meinte hingegen: »Das muss man ja nicht gleich so interpretieren.« Aus ihrer Sicht sind die vorgeschlagenen Kontrollen »nicht schlecht«.

Schon von 2011 an will die EU-Kommission in die nationale Etatplanung eingreifen und strenger gegen übermäßig verschuldete Staaten vorgehen. Konkret müssten die Regierungen der EU-Länder dann ihre Budgetentwürfe in Brüssel vorlegen, bevor die nationalen Parlamente darüber abstimmen. Sieht die Kommission darin Risiken für die Euro-Zone, will sie einschreiten. Wenn ein



Vor dem Hintergrund der Euro-Krise demonstrierten Beschäftigte der insolventen Warenhauskette Karstadt vor dem Rathaus in Duisburg für einen Steuererlass zur Rettung des Unternehmens. Die Stadt hatte dies abgelehnt. Foto: dpa

Mitgliedsländer die Schuldenlimits überschreitet, droht ihm ein Entzug von EU-Geldern aus dem Brüsseler Haushalt.

Mit diesen Maßnahmen will die Kommission den Euro-Stabilitäts-pakt verschärfen. »Der Pakt ist ein robustes Regelwerk, aber er leidet unter dem chronischen Versagen der Staaten, sich an die Regeln zu

halten«, sagte EU-Währungskommissar Olli Rehn. Derzeit laufen gegen 20 von 27 EU-Mitgliedsstaaten Verfahren wegen übermäßiger Haushaltsdefizite – darunter ist auch Deutschland.

Wegen der Schuldenkrise kürzt die spanische Regierung zum ersten Mal in der jüngeren Geschichte des Landes die Gehälter von Minis-

tern und Beamten. 2011 werden auch die Renten eingefroren. Portugal kündigte am Donnerstag überraschend Steuererhöhungen an, die Lissabon vor kurzem noch ausgeschlossen hatte. Das hoch verschuldete Griechenland hat unterdessen vom Internationalen Währungsfonds 5,5 Milliarden Euro als ersten Hilfskredit erhalten.

Israel beharrt auf Jerusalem

Siedlungs-Baustopp steht nicht zur Debatte

Tel Aviv (Agenturen/ND). Wenige Tage nach Beginn der indirekten Friedensgespräche mit den Palästinensern haben führende Politiker in Israel den Anspruch auf Jerusalem unterstrichen. Ministerpräsident Benjamin Netanjahu erklärte, er werde niemals zulassen, dass Jerusalem wieder geteilt werde, und er wolle die »vereinigte Stadt« weiter ausbauen. »Kein Volk hat die gleiche Verbindung zu Jerusalem wie das jüdische Volk«, erklärte der Regierungschef anlässlich des 43. »Jerusalem-Tages«.

Der stellvertretende Ministerpräsident Eli Jischai sagte nach Angaben des israelischen Rundfunks vom Donnerstag, die Regierung Netanjahu habe dem US-Druck nicht nachgegeben und werde weiterhin »überall in Jerusalem« bauen. Ein Baustopp stehe nicht zur Debatte. Außenminister Avigdor Lieberman erklärte: »Jerusalem ist eine vereinigte Stadt, die für Juden, Christen und Muslime offen ist, und so wird es in der Zukunft auch bleiben.« Nach den Worten von Bürgermeister Nir Barkat ist eine Teilung Jerusalems nicht mit den Palästinensern verhandelbar. Die arabischen Stadtteile sollten unter israelischer Kontrolle bleiben.

Der israelische Verteidigungsminister Ehud Barak kritisierte unterdessen am Donnerstag, die Minister gefährdeten mit ihren Äußerungen den neuen Friedensprozess in der Region.

Unten links

Beim **Machtkampf** in Nordrhein-Westfalen geht es ans Eingemachte. Die Kommunisten stehen vor der Tür. Vor der Tür der Staatskanzlei. Auch noch die Alt-Kommunisten. Im Landtag haben sie schon 22 Füße drin. Oh Gott! Da vergeht selbst den Rheinländern, die gleich bei der Geburt mit lebenslänglicher Fröhlichkeit imprägniert werden, das Lachen. Es ist fast so schlimm wie damals, als der Russe ... Wobei der Russe zum Glück nie bis nach Düsseldorf kam. Die Kommunisten aber sind jetzt da. Und wollen, wie man im Wahlkampf aus sicherer Quelle hörte, nicht nur Stromkonzerne, sondern auch Pommestuben, Wochenendhäuschen und wahrscheinlich sogar Hundehütten enteignen. Das kann nur noch die FDP verhindern. Deshalb wollen wir es ihr nachsehen, dass sie dreimal täglich die Meinung über Gespräche mit SPD und Grünen wechselt. Wenn nur erst die Kommunisten abgewehrt sind, dann wird die FDP wieder sein, wie wir sie lieben: seriös, verlässlich, massenverbunden. **wh**

www.neues-deutschland.de

Postvertriebsstück / Entgelt bezahlt
Einzelpreise Ausland:
Dänemark Mo-Fr 11,50 DKK/Sa 13,50 DKK;
Österreich 1,60/1,80 EUR;
Slowakei 1,70/1,90 EUR;
Tschechien 61/66 CZK; Ungarn 470/550 Ft;
Polen 6,60/7,00 PLN ISSN 0323-4940



Männerfreundschaft in der Downing Street

Premier Cameron und sein Vize Clegg wollen das britische Königreich umkrempeln

Von Ian King, London

Eine Woche nach der Parlamentswahl in Großbritannien hat die neue Koalitionsregierung ihre Arbeit aufgenommen. Sie verspricht eine Wende in der Politik des Königreichs.

Das Liebespaar flötete verliebt, man nannte sich beim Vornamen, sprach die Sätze des jeweils anderen vergnügt zu Ende, lachte zusammen bei der Pressekonferenz im romantischen Rosengarten der Downing Street. Ein rührendes Bild der Männerfreundschaft zwischen dem konservativen Premier David Cameron und seinem liberalen Stellvertreter Nick Clegg.

Rückblende. »Der beste Witz, den ich kenne? Nick Clegg«, tönte Cameron im Wahlkampf. »Warum verbünden Sie sich im Europa-Parlament mit Nazis, Homophoben und Irren?«, fragte Clegg zurück. Beide hatten recht. Aber beide wollten an die Macht und das ging nur zusammen, nicht getrennt. Vergessen die Grundsätze, die Geringerschätzung, die aggressive Rhetorik: Hier hatten sich zwei Ehrgeizlinge zusammengerauft.

»Eine historische Koalition«, gelobte Cameron, »wir sind vereint, bringen Britannien eine starke und stabile Regierung.« Das Finanzdefizit wollen sie verkleinern, die britischen Truppen in Afghanistan unterstützen, das politische System sauber machen, eine stärkere Gesellschaft bauen. Es sei eine



Parlieren vor der Presse: David Cameron (r.) und Nick Clegg

Foto: AFP

neue Art von Regierung, so Clegg, »für eine neue Politik und radikale Reformen«. Cameron und Clegg haben in der Tat außer dem Willen zur Macht weitere Gemeinsamkeiten. Sie genossen auf Eliteschulen und -universitäten alle möglichen Privilegien der britischen Klassengesellschaft: Cameron ist Eton-Zögling, studierte und knüpfte nützliche Kontakte in Oxford, Clegg besuchte die teure Westminster-Schule und ist Cambridge-Absolvent. Der eine ein relativ liberaler Konservativer, der andere der konservativste Liberalenchef seit Menschengedenken.

Einige fähige Mitstreiter sitzen mit ihnen im Kabinett. Der geachtete liberale Finanz- und Bankexperte Vince Cable kann ein guter Wirtschaftsminister werden, der europafreundliche Tory-Routinier Ken Clarke als Justizminister, die Konservative Theresa May im Innenministerium oder Michael Gove

als Schulminister sind zweifellos kompetent. Dann stellen sich jedoch Zweifel ein. An der Spitze des Außenministeriums steht nicht Clegg als Chef des kleinen Partners, wie es in Deutschland der Fall wäre, sondern der schlagfertige konservative Europa-Hasser William Hague. Finanzminister und Camerons (sehr) rechte Hand bleibt wie geplant »Boy George« Osborne, der ebenfalls rechte Liam Fox zieht ins Verteidigungsministerium ein. Im Märchen hat der Wolf Kreide gefressen. Diese unheilige Troika macht sich nicht einmal die Mühe.

Und das Koalitionspaket? Schnelle, milliardenteure Kürzungen im Etat sind womöglich Gift für die noch schwachbrüstige Konjunktur mit zweieinhalb Millionen Arbeitslosen, also wurden sie beschlossen. Weniger Kindergeld, dafür bleibt es beim Bau neuer Atom-U-Boote – die Liberalen sind

eingeknickt. Auch bei der erschwerten Einwanderung von Nicht-EU-Ausländern und beim Bau neuer Atomkraftwerke haben sich die Konservativen durchgesetzt; die berechtigte Skepsis der Liberalen wich der Koalitionsrason. Dafür soll die von den Tories geplante Liberalisierung der Erbschaftsteuer zugunsten der Reichen auf Eis gelegt werden und Niedrigverdiener sollen von der Lohnsteuer befreit werden: Tropfen auf den heißen Stein.

Vor allem das konservative Versprechen einer Volksabstimmung über die Einführung einer abgeschwächten Form des Verhältniswahlrechts hat Clegg wohl in den meisten Fragen zum Einlenken bewegt. Aber die Anhänger des bestehenden Mehrheitswahlrechts werden wohl mehr Geld und größere publizistische Unterstützung im Kampf bekommen als die Reformen. **Personalien Seite 8**

Kurz

30 000 Suizide

Tokio (dpa). In Japan haben sich im vergangenen Jahr nach Polizeiangaben mehr als 30 000 Menschen das Leben genommen. Damit liegt die Zahl der Suizide in der zweitgrößten Volkswirtschaft der Welt im 12. Jahr nacheinander über der Marke von 30 000.

Verdächtige getötet

Moskau (AFP). Eineinhalb Monate nach den Anschlägen auf die Moskauer U-Bahn haben russische Sicherheitskräfte drei mutmaßliche Hintermänner getötet. Die Verdächtigen hätten sich ihrer Festnahme widersetzt und seien dabei getötet worden, sagte der Chef des Inlandsgeheimdienstes FSB, Alexander Bortnikow.

Plattform gesunken

Caracas (dpa). Vor der Karibikküste Venezuelas ist eine Gas-Plattform gesunken. Das teilte der venezolanische Staatschef Hugo Chávez am Donnerstag mit. Energie- und Ölminister Rafael Ramírez sagte im Fernsehen, für die Umwelt bestehe keinerlei Risiko.

Dinosaurierspuren

Buenos Aires (AFP). In Argentinien sind Fußabdrücke von Dinosauriern mit einem Durchmesser von 1,20 Meter gefunden worden. Die mehr als 90 Millionen Jahre alten Abdrücke stammten von Sauropoden, wurde mitgeteilt.